

Tabak-Arbeiter

Nr 37 / Bremen, den 12. Sept. 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken ohne Bringerlohn — Einzelgenpreis 50 Goldmarken für die viergespaltene Zeitzeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalzfeldt & Co. — sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Ami Roland 6046 — Geld- und Einzahlverbindungen an Johannes Krohn. — Postcheckkonto 5349 beim Postcheckamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsausdruck: E. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 45-46.

Dem Verbandstag zum Gruß!

Umfangreiche und verantwortungsvolle Aufgaben sind es, die den Delegierten der Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die am 14. September in Nordhausen zu ernster Arbeit zusammentreten, bevorstehen. Sie sollen die zurückliegende Tätigkeit des Verbandes und seiner Organe kritisch würdigen und durch ihre Beschlüsse und Anregungen die Voraussetzungen schaffen, die eine möglichst erfolgreiche Tätigkeit der Organisation im Interesse der Tabakarbeiter gewährleisten.

Schwer war die Zeit, die die Tabakarbeiter seit dem Jahre 1922 haben durchmachen müssen; eine Zeit so schwer, wie sie kein Teilnehmer des Dresdener Verbandstages auch nur entfernt vorausahnen konnte. Gewiß, auch schon vordem mußten die Tabakarbeiter und ihre Organisation unter den unheilvollen Auswirkungen der Inflation leiden; mancher Antrag zum Dresdener Verbandstag zeugte davon. Was sich aber später auf diesem Gebiet ereignete, stellte alles, was früher dagewesen war, weit in den Schatten. Mit kurzen Unterbrechungen waren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die ständigen Begleiter der Tabakarbeiter; die Löhne mußten für immer kürzere Zeitspannen vereinbart werden und das sonst so feste Gefüge des Verbandes drohte zusammenzustürzen. Es ist hier nicht der Raum, um alles das, was die Tabakarbeiter während der Inflationsperiode über sich ergehen lassen mußten, auch nur andeutungsweise zu behandeln. Der gedruckte Geschäftsbericht, der dem Verbandstag in Nordhausen vorliegt, gibt hinreichend Auskunft über alles, was die Tabakarbeiter in den letzten drei Jahren bewegte.

Die Fülle der Anträge zum Statut zeugt von dem regen Interesse, das die Tabakarbeiter dem inneren Ausbau ihrer Organisation entgegenbringen. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle jeden Antrag einzeln zu behandeln. Aber das kann und muß schon jetzt gesagt werden: Anträge, die eine Erhöhung der Unterstützungsbeträge oder eine Verlängerung der Unterstützungsdauer bezwecken, können nur dann auf Verwirklichung rechnen, wenn die Einnahmen entsprechend erhöht oder die Ausgaben anderer Art entsprechend ermäßigt werden. So gut und nützlich die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen auch sind, unter keinen Umständen darf durch ihren Ausbau die Kampfbereitschaft des Verbandes irgendwie leiden.

In einer Zeit schwerer und umfangreicher Kämpfe wirtschaftlicher Art tritt der Nordhäuser Verbandstag zusammen. Alle Lasten, die Deutschland infolge des verlorenen Krieges auf sich nehmen mußte, sollen, wenn es nach dem Willen der Besitzenden geht, der arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet werden. Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne sind das Rezept, nach dem die Unternehmer die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine stellen wollen. Daß auch die Tabakindustriellen aus keinem anderen Holze geschnitten sind, beweist ihre bisherige Einstellung zu den Lohn- und Arbeitszeitfragen und ihr gegenwärtiges Verhalten den Lohnforderungen der Tabakarbeiter gegenüber. Unter solchen Umständen ist es die doppelte und dreifache Pflicht des Verbandstages, das Rüstzeug der Organisation so stark und widerstandsfähig zu machen, daß in Zukunft alle Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum erfolgreich für die Tabakarbeiter beendet werden können.

Nordhausen, der Tagungsort des Verbandstages, ist für die Tabakarbeiterbewegung historischer Boden. Große Kämpfe sind hier, wie aus den Darlegungen an anderer Stelle dieses Blattes zu ersehen ist, mit den Unternehmern ausgefochten worden. Wenn der gute gewerkschaftliche Geist, der von jeher die Nordhäuser Tabakarbeiterschaft geleitet hat, auch die Beschlüsse des Verbandstages befruchtet, dann werden die Tabakarbeiter mit seinem Ergebnis zufrieden sein können. In dieser Erwartung entbieten wir dem Verbandstag unseren Gruß.

Soziale Not und Bevölkerungsstatistik.

Die zahlreichen Aussperrungen von Arbeitern in allen Betrieben sowie der von den Unternehmern den Lohnforderungen der Arbeiter überall entgegengekehrte Widerstand zeigen, daß man es hierbei mit einem planmäßig organisierten Vorgehen zu tun hat. Das Unternehmertum ist nicht gewillt, eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter zuzulassen, mag sie durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere dem Steigen der Preise noch so gebieterisch gefordert werden. Alle Feststellungen, daß die gegenwärtigen Löhne den Arbeitern nur ein notdürftiges Auskommen gestatten und sich hart an der Grenze des absolut notwendigen Existenzminimums bewegen, bleiben unbeachtet oder werden damit beantwortet, daß die wirtschaftliche Lage eine Steigerung der Löhne nicht gestatte, und die Arbeiter sich hiernach notgedrungen Einschränkungen auferlegen müssen.

Zu unzähligen Malen ist von gewerkschaftlicher Seite dem entgegengehalten worden, daß die Arbeiter hinlänglich wirtschaftlich belastet sind, sogar weit mehr an den durch den verlorenen Krieg verursachten Opfern zu tragen haben, als ihnen bei gerechter Verteilung der Lasten zufallen würde und es deshalb angezeigt sei, daß auch das Unternehmertum Einschränkungen seiner Lebenshaltung auf sich nehmen, besonders seine Gewinne vermindern müsse, um so eine Hebung der allgemeinen Kaufkraft und eine Steigerung der Produktion eintreten zu lassen. Das Unternehmertum hat darauf in der Weise reagiert, daß es sich den Forderungen der Arbeiter nur noch schroffer gegenüberstellte, seine wirtschaftliche Macht in rücksichtsloser Weise zur Geltung brachte, nicht davor zurückschreckt, Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen, ohne nach den hieraus entstehenden wirtschaftlichen Folgen zu fragen. Das bestätigt die alte Erfahrungstatsache, daß das Unternehmertum in Güte oder in friedlichen Auseinandersetzungen zu Zugeständnissen an die Arbeiter nicht zu bewegen ist, ihm solche nur im harten wirtschaftlichen Kampfe abgezwungen werden können.

Daß die Lage der deutschen Arbeiterschaft eine äußerst ungünstige ist, kann durch zahlreiche Veröffentlichungen maßgebender Stellen nachgewiesen werden. Stellte doch schon die Ende vorigen Jahres herausgegebene Denkschrift des preußischen Wohlfahrtsministeriums über den Gesundheitszustand und die Gesundheitspflege der Jugend Zustände fest, die eine erschütternde Anklage gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre Nutznießer bedeuteten. In der Denkschrift wird u. a. angeführt, daß der Mangel an Milch und frischem Gemüse zu einer vitaminarmen Ernährung der Säuglinge zwang, die häufig mit Kindermehlen, Kaffee, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Brot und Seringen gesättigt wurden. Vielfach mußten die Säuglinge sich mit dem aus den Speiseküchen der Erwerbslosen stammenden Mittagsmahl begnügen. Dementsprechend führte diese unzulängliche Ernährung auf die Dauer zu schweren Schädigungen, Krankheiten und Tod. Besonders auffallend wurde die Sterblichkeit in den ersten acht Lebensstagen an Lebensschwäche bezeichnet, was für Schädigungen der Kinder vor der Geburt infolge schlechter Ernährung der Mütter spricht. In gleicher Weise wurde für Kleinkinder als Folge der mangelhaften Ernährung festgestellt: Blutarmut, Zurückbleiben in der körperlichen Entwicklung, hartes Auftreten von Nephritis, Skrophuloze und Tuberkuloze, gefördert durch ungenügende Körperpflege, Kleidermangel und Wohnungselend.

Kann das Unternehmertum den Nachweis dafür erbringen, daß diese amtlichen Feststellungen unwahr sind? Oder kann es Tatsachen dafür anführen, daß sich diese Zustände wesentlich gebessert haben? Dazu ist es nicht imstande! Gewiß, die Erwerbslosigkeit ist, seit diese Feststellungen gemacht wurden, in etwas zurückgegangen, aber noch immer sehr groß und schon macht sich ein neues Anschwellen bemerkbar. Der kommende Winter wird ein neues Anschwellen der Not bei den arbeitenden Massen bringen, die noch keine Zeit hatten, sich von den Folgen des ausgestandenen Kriegselends zu erholen. Besonders die Wohnungsnot lastet schwer auf ihnen und macht alle Versuche, wenigstens in bezug auf die Wohnverhältnisse Besserung zu schaffen sowie dadurch den gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung zu heben, zunichten. Die sich hieraus ergebenden hygienischen Folgen werden in Jahrzehnten nicht verschwinden. Ihr Einfluß auf die Eheschließungen und den Bevölkerungszuwachs ist bereits unverkennbar.

Im Durchschnitt der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts betrug die Geburtenziffer in Deutschland 31 auf das Tausend der Bevölkerung. Nach dem französischen Kriege stieg sie im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1880 auf 41, in den folgenden Jahrzehnten bis 1914 auf 29 herab sinkend. Während des Krie-

ges ging die Geburtenziffer bis zum Jahre 1917 auf 14 zurück. Dann stieg sie wieder im ersten Nachkriegsjahr auf 21, im folgenden auf 27. Seit 1921 ist aber ein erneuter Rückgang der Geburtenziffer bemerkbar, die sich 1924 auf 21, beinahe die Hälfte des früheren Standes, stellte. Einen gewissen Ausgleich für die Abnahme der Geburten bietet das Zurückgehen der Sterblichkeitsziffer. Diese stellte sich im Durchschnitt des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts auf 14 pro Tausend der mittleren Bevölkerung des Reichs. Hierin hat sich durch den Krieg eine radikale Aenderung vollzogen. Aus dem Geburtenüberschuß wurde ein Sterblichkeitsüberschuß, der zwar wieder überwunden ist. Der frühere Geburtenüberschuß wurde aber nicht mehr erreicht. In den Jahren 1920 und 1921 betrug er 11 auf das Tausend der Bevölkerung, im Jahre 1924 nur noch 8.

Es steht außer Frage, daß allein die soziale Lage der deutschen Bevölkerung Ursache des Geburtenrückgangs sowie der Verminderung des Geburtenüberschusses ist, besonders bei der Arbeiterschaft. Bisher war ein derartiger Rückgang nur in Frankreich zu beobachten. Das deutsche Volk ist diesen Verhältnissen bedenklich nahe gekommen, und seine herrschenden Klassen tragen durch ihre sozialpolitische Blindheit dazu bei, sie weiter zu verschärfen. Unter diesen Umständen muß sich den Arbeitern immer mehr die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie es nicht verantworten können, Kinder in die Welt zu setzen, die von vornherein lediglich Friedhofsoffer sind oder einem frühen Siechtum, im besten Falle aber der gleichen Ausbeutung und dem gleichen Elend verfallen, unter dem die heutige Arbeiterschaft zu leiden hat. Diese Auffassung ist durch moralische, ethische oder bevölkerungspolitische Erwägungen nicht zu beseitigen. Nur eine soziale Besserstellung der arbeitenden Klasse, die Beseitigung der heutigen sozialen Not stellt ihre Aenderung in Aussicht. Das einzusehen ist das Unternehmertum nicht fähig, und die lediglich auf die Wahrnehmung der kapitalistischen Interessen eingestellte Regierung samt den hinter ihr stehenden Parteien machen hierin keine Ausnahme. Den Arbeitern bleibt daher nichts anderes übrig, als sich aus eigener Kraft, durch ihre Organisation das für ein menschenwürdiges Dasein Notwendige zu erkämpfen.

S. M a t t u t a t.

Stimmen der Mitglieder.

Willkommen, ihr freien deutschen Tabakarbeiter!

Aus allen Gauen und Zählstellen kommen die Vertreter des deutschen Tabakproletariats nach Nordhausen. In Nordhausen, dem Zentrum der schwarzen Industrie (Kautabak) tagt der Verbandstag der freien organisierten Tabakarbeiter. In Nordhausen wird ungefähr 70 Prozent des gesamten Kautabaks hergestellt. Ueber hundert Jahre ist die Kautabakindustrie alt. Aufgebaut von der primitivsten Herrichtung bis zu den neuesten Einrichtungen der Technik und der Chemie. Mit der Entwicklung der Industrie stieg auch der Machtstandpunkt des Kautabak-Kapitals. Mancher Strauß mußte mit den Unternehmern ausgefochten werden und manch alter Zopfi wurde beseitigt. Besonders während des Krieges, wo die Stammarbeiterchaft fehlte, war es die Organisation, die auch hier nach dem Rechten sah und manche Besserung tätige zugunsten der vielen weiblichen Arbeitskräfte.

Der im November 1919 abgeschlossene Reichstarif für das Kautabakgewerbe zentralisierte das Tarifwesen im Kautabakgewerbe. An der Untreue der Unternehmer scheiterte dann der Reichstarif. Für die Nordhäuser Industrie war und ist das Tarifverhältnis ein gewaltiger Fortschritt. Versuchen die Unternehmer ihren praktischen Nutzen herauszuziehen, so werden auch die organisierten Tabakarbeiter auf der Hut sein. Im Rahmen der Organisation werden sie ihre Interessen zu wahren wissen und den Weg der Tarifpolitik weitergehen.

Nachdem die Industrie mehr Rohtabak zugeleitet erhielt, belebte sich auch wieder die Beschäftigungsmöglichkeit. Aber es war ein Schein. Die langsam einziehende Inflation und die Unsicherheit der Verhältnisse verurteilten in drei langen Perioden das Gewerbe zur Arbeitslosigkeit. Auch für die Organisation harte dieser Rückschlag seine Schattenfalten. Doch hat dieselbe alles getan, um die jämmerliche Lage einigermaßen zu heben. Leider haben gerade diejenigen, die in jener Zeit die Organisation am meisten in Anspruch nahmen, derselben den Rücken gekehrt und sind in den alten Schlandrian zurückverfallen. Von den Profanen anderer zu leben, ist ihnen angenehmer. 1921 brachte eine Besserung in der Nordhäuser Industrie für rund 70 Prozent der Beschäftigten, bei den übrigen 30 Prozent spielten Verhältnisse wirtschaftlicher Natur mit, worunter die Arbeiter zu leiden hatten. Erst mit den Anfängen des Februar 1925, wo die Tabakarbeiter ans Oberlicht kam, setzte eine dauernde Vollbeschäftigung ein, bis auf kleine Ausnahmen. Was die Zukunft bringt, liegt noch im Dunkel. Aber eins bleibe nicht unbeachtet: In die deutsche organisierte Tabakarbeiterchaft einig in ihrem Denken und Handeln, dann wird auch diese dunkle Wolke vorüberziehen. Bitte der Verbandstag Anregung geben zu neuem Vorwärtsschreiten, zur Hebung der Existenz des deutschen Tabakarbeiters. Auf zur frischen Arbeit und Tat für die Organisation und den republikanischen Staat! Trotz alledem! Hoch der Deutsche Tabakarbeiter-Verband!

W. K., Nordhausen.

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Rautabakindustrie.

Die Kündigung hat gewirkt.

Die Nordhäuser Rautabakfabrikanten, die jede Lohn-erhöhung glatt ablehnten, scheinen durch die von den Tabakararbeitern eingereichte Kündigung des Arbeitsverhältnisses anderen Sinnes geworden zu sein. Sie haben nämlich zu Verhandlungen eingeladen, die am 10. September in Bad Sachsa stattfinden sollen. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen werden wir in der nächsten Woche berichten.

Aus der Zigarrenindustrie.

Schiedspruch.

In dem Lohnstreit zwischen dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller e. V., Berlin, und dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband, Bremen, dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, dem Gewerksverein deutscher Tabakarbeiter (S.-D.), Heidelberg, hat die Schlichtungskammer, die der auf Grund des Artikels 1 2 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 10. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter gebildet hat, in der Sitzung am 3. September 1925 im Reichsarbeitsministerium, an der teilgenommen haben: Herr Oberregierungsrat Albrecht aus Berlin als Schlichter, Herr Zigarrenfabrikant Mendel aus Frankenberg, Herr Zigarrenfabrikant Steinmeister aus Bünde, Herr Syndikus Dr. Kölsch aus Lahr, als Arbeitgeber-Beisitzer; Herr Redakteur Dahms aus Bremen, Herr Gauleiter Gerloff aus Dresden, Herr Bezirksleiter Bergmann aus Herford, als Arbeitnehmer-Beisitzer, folgenden Schieds-
pruch gefällt:

Die in der bisherigen Lohnregelung vorgesehenen Löhne werden mit Wirkung vom 7. September 1925 ab um 7 Prozent erhöht. Diese Regelung ist frühestens bis zum 31. Dezember 1925 kündbar.
Erklärungsfrist bis Montag, den 7. September 1925.

So lautet der Schiedspruch, den die Schlichtungskammer im Reichsarbeitsministerium fällte, nachdem eine Verständigung über die Lohnfrage mit den Unternehmern nicht zu erzielen war. Den berufenen Vertretern unseres Verbandes lag es nun ob, sich über Annahme oder Ablehnung dieses Schieds-
pruches zu entscheiden. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß jedem einzelnen die Entscheidung außerordentlich schwer gefallen ist; denn befriedigen kann dieser Schieds-
pruch die Tabakarbeiter nicht. Immerhin bringt er mehr, als die Zigarrenfabrikanten vordem zu geben bereit waren. So ist die Lohnzulage selbst, die nicht erst am 1. Oktober, sondern schon am 7. September in Kraft treten soll, von 5 auf 7 Prozent erhöht worden. Außerdem sollen die im Schiedspruch festgelegten Lohnsätze nicht bis zum 31. März nächsten Jahres Geltung haben, sondern können schon zum 31. Dezember dieses Jahres gekündigt werden. Nach Abwägung aller Eventualitäten, die nach einer Ablehnung des Schiedspruches hätten eintreten können, hat sich die Mehrheit der Vertreter unseres Verbandes für die Annahme desselben entschieden. Auch die beiden anderen Tabakorganisationen haben dem Schiedspruch zugestimmt.

Bevor die Schlichtungskammer zusammentrat, ließ sich der Schlichter über die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie und die Lage der Tabakarbeiter informieren. Die Vertreter des ADZ schilderten die Lage der Zigarrenfabrikanten in den dunkelsten Farben, während sie die Verdienstmöglichkeiten der Tabakarbeiter im rosigsten Licht erscheinen ließen. Um besser wirken zu können, hatten sie sich die Mühe gemacht, alle Tabakarbeiter aufzuschreiben, die mehr verdienen, als sich nach den Berechnungen der Tabakarbeiterverbände auf Grund starker Durchschnittsleistungen ergibt. Es war ihnen gelungen, ein paar hundert solcher Arbeiterinnen und Arbeiter ausfindig zu machen; womit sie natürlich den Beweis erbracht hatten, daß es den übrigen hunderttausend Tabakarbeitern glänzend geht. Schwade ist nur, daß die rauhe Wirklichkeit, von der die Tabakarbeitervertreter zu erzählen wußten, so ganz anders aussieht. Die Bemühungen des Schlichters, ohne Schiedspruch eine Verständigung in der Lohnfrage zu erzielen, scheiterten, weil die Zigarrenfabrikanten kein Angebot machten, dem die Vertreter der Tabakarbeiter hätten zustimmen können. Es blieb deshalb nichts anderes übrig, als die Schlichtungskammer in Funktion treten zu lassen, die dann den oben abgedruckten Schiedspruch fällte.

Ueber die durch die Schuld der Zigarrenfabrikanten entstandenen Streiks ist noch zu melden, daß außer in den Orten, von denen wir in der vorigen Nummer dieser Zeitung berichteten, auch noch in einer Reihe von Betrieben in Delitzsch, Freiberg, Gartha, Raunhof und Waldheim die Arbeit niedergelegt worden ist. Die Zigarrenfabrikanten werden aus diesen

spontanen Arbeitseinstellungen hoffentlich die Erkenntnis gewonnen haben, daß die Tabakarbeiter sich nicht alles bieten lassen und ihre Geduld auch mal ein Ende hat. Nachdem nunmehr ein Schiedspruch gefällt worden ist, dem die Tabakarbeiterverbände ihre Zustimmung gegeben haben, muß von der gewerkschaftlichen Disziplin der Tabakarbeiter erwartet werden, daß sie überall die Arbeit wieder aufnehmen. Aber noch ein übriges müssen die Tabakarbeiter tun. Die Zigarrenfabrikanten haben durch ihr Verhalten und durch die von ihnen angedrohten Aussperrungen in den Tarifbezirken Sachsen und Schlesien erreicht, daß sich viele „ihrer“ Arbeiterinnen und Arbeiter unserem Verband anschlossen. Diese Kolleginnen und Kollegen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur durch eine starke Organisation die Lage der Tabakarbeiter verbessert werden kann. Aber noch stehen Tausende und aber Tausende unserem Verbands fern. Diese in die große Front der freigewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter einzureihen, muß die Aufgabe aller Verbandsmitglieder sein.

Aus dem Tabakgewerbe.

Noch ein Opfer des Berliner Brandunglücks.

Am 4. September ist nun auch noch unsere Kollegin Ella Bartel den Verletzungen, die sie bei dem Brandunglück in der Zigarettenfabrik Benesti erlitten hatte, erlegen.

Internationale Tabakarbeiterbewegung.

Kündigung des Kollektivvertrages in Oesterreich.

Von unserem österreichischen Bruderverband wurde der seinerzeit mit der Generaldirektion der Tabakregie abgeschlossene Kollektivvertrag für den 30. September 1925 gekündigt. Dieser Kündigung sind Verhandlungen mit der Generaldirektion vorgegangen, deren Ergebnis aber unbefriedigt war. In den letzten Jahren wurden die Produktionsmethoden der Tabakregie bekanntlich reformiert. Es zeigt sich nun, daß diese Reformen eine gesteigerte Ergiebigkeit der Arbeitsleistung herbeigeführt haben. Auch an dem Beispiel der Tabakindustrie kann das Gerede der Unternehmer, daß der Achtstundentag und die sozialpolitischen Gesetze die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produktion untergraben, glänzend widerlegt werden. In den Tabakfabriken war bis zum Kriegsausbruch die 51-Stunden-Woche eingeführt. Heute wird 44 Stunden gearbeitet, und trotzdem sind die Arbeitsleistungen heute wesentlich höher als vor dem Kriege. Die Arbeitsmethoden wurden gründlich studiert und, wo es möglich war, überflüssige Handgriffe beseitigt. Die Fabriken wurden technisch ausgestaltet und die Handarbeit möglichst durch Maschinenarbeit ersetzt. Diese Betriebsreformen sind bis auf die Kartonnage durchgeführt oder wenigstens in Durchführung begriffen, da noch nicht alle Maschinen geliefert sind.

Die Steigerung der Leistung, die da erzielt wurde, zeigt sich am deutlichsten bei der Handarbeit. Bei der Zigarrenfabrikation, die mit der Hand erfolgt, war die Normalarbeitsleistung in den Jahren 1913 und 1925:

Zigarrensorte	Normalarbeitsleistung	Steigerung in Proz.	
	1913	1925	
Trabuko	1286	1550	20
Britannika	1292	1500	16
Kuba-Portoriko	1565	1700	9
Portoriko	1663	2000	30

Die Tabakarbeiter stehen im Wochenlohn, müssen aber die vereinbarte Normalarbeitsleistung vollbringen. Bleibt die Produktion hinter der vereinbarten Leistung zurück, dann wird ein entsprechender Abzug vom Lohn gemacht. Auch die Zigarettenverpackung ist im wesentlichen noch eine Handarbeit; auch hier macht die Steigerung der Arbeitsleistung 33 bis 105 Prozent aus. Dort, wo die Arbeiter an Maschinen arbeiten, sind ebenfalls große Leistungserhöhungen zu verzeichnen. So betrug die normale Wochenleistung bei der Universalzigarettenmaschine im Jahre 1913 760 000 Stück, und heute eine Million bis 1,1 Million Stück, je nachdem, ob die Maschine falzt oder klebt. Selbst bei den reinen Zeillöhnen wurde die Leistung wesentlich gesteigert; trotz vermindelter Arbeiterzahl ist die Produktion gestiegen.

Angesichts dieser gewaltigen Produktionssteigerungen, die vor allem auf die gesteigerte Arbeitsintensität zurückzuführen sind, verlangen die Tabakarbeiter einen Anteil am verbesserten Betriebsergebnis in Form einer entsprechenden Lohnerhöhung.

Aus den Gauen und Zahlstellen.

Burgsteinfurt. Am 30. August fand hier eine von fast allen Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle besuchte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der hier von einzelnen Fabrikanten am Orte abgeschlossene Ringvertrag besprochen, der bei den Kollegen große Entrüstung hervorrief. Es handelt sich darum, daß kein Unternehmer einen Arbeiter, der bei einem anderen Fabrikanten am Orte sein Arbeitsverhältnis gelöst hat, einstellen darf. Die Versammlung beschloß, die Kollegen, die in Burgsteinfurt Arbeit annehmen wollen, zu ersuchen, vorerst mit dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle Rücksprache zu nehmen. Sodann wurde in die Tagesordnung, die als einziger Punkt die Tarifverhandlungen vorsah, eingetreten. Der Vorsitzende gab hierüber einen kurzen Bericht, dem sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Die Aussprache gipfelte darin, daß der Grund der Fabrikanten, sie könnten der schlechten Arbeitsverhältnisse wegen Lohnaufbesserungen nicht gewähren, nicht stichhaltig wäre, und müßten sie das Verhalten der Unternehmer ganz entschieden zurückweisen weil sämtliche hier ansässigen Fabrikanten eine Verlängerung der Arbeitszeit forderten. Es wurde folgende Resolution gefaßt: Die heutige Versammlung der Tabakarbeiter bedauert aufs tiefste das rücksichtslose und brutale Vorgehen der Zigarrenfabrikanten, deren Verhalten ihnen abermals zeigt, wie wenig Verständnis diese Leute für die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter haben. Die Fabrikanten sollten wissen, daß Druck nur Gegendruck erzeugen könnte. Die Arbeiter erblicken in ihrer Organisation, zu der sie auch fernerhin treu halten werden, ihre stärkste Waffe.

Mannheim. Am 3. September tagte hier eine allgemeine Tabakarbeiterversammlung, in welcher Kollege Meßger über das Verhalten der Zigarrenfabrikanten bei den Lohnverhandlungen und über die Frage: Was gedenken die Tabakarbeiter zur Durchführung einer der Forderung entsprechenden Lohnhöhung zu tun? referierte. Redner schilderte eingehend den Gang der Verhandlungen und den jetzigen Stand der Lohnfrage. Hierbei unterzog er das Verhalten der Fabrikanten einer besonderen Würdigung. Anschließend zeigte Redner an verschiedenen Beispielen, wie man eine Bewegung zur Besserstellung der Tabakarbeiter am besten fördert. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Die heute in Mannheim tagende allgemeine Tabakarbeiterversammlung protestiert entschieden gegen das Verhalten der Zigarrenfabrikanten bei den Lohnverhandlungen. Das gemachte Angebot von 5 Prozent, welches Gültigkeit haben soll vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926, ist ein Hohn auf die Tabakarbeiter, welches aber die Einstellung der Fabrikanten richtig kennzeichnet. Die Versammlung billigt das Verhalten und Vorgehen der Verhandlungsvertreter, und verpflichtet sich, alles daran zu setzen, die Organisation weiter auszubauen und zu stärken, um unsere berechtigten Forderungen besser zur Anerkennung zu bringen. In diesem Bestreben erklären die Versammelten, für alle eventuellen Maßnahmen sich bereitzuhalten.“

Schöned. Die am 28. August in Schöned stattgefundene Tabakarbeiterversammlung erhebt scharfen Protest gegen das freche Gebaren der Zigarrenfabrikanten bei den Lohnverhandlungen in Berlin und Eisenach, indem dieselben den Tabakarbeitern eine Lohnzulage von 5 Prozent für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 zu gewähren in Aussicht stellten. Die Fabrikanten können die Lohnforderung von 20 Prozent, welche zwei Zehntel Piennig auf die Zigarre macht, nicht mal einkalkulieren, können aber die vier Zehntel der Tabaksteuer tragen. Die Versammlung fordert vom Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Bundes, daß derselbe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirkt, daß die Verlesendungsstatistik der Fabrikanten gebrochen wird. Die Versammelten sprechen den Zigarrenfabrikanten die Existenzberechtigung ab, die sich auf Grund niedriger Löhne ein gutes Leben fristen wollen und fordern vom Verbandsvorstand, dahin zu wirken, daß in Deutschland das Monopol eingeführt wird.

Verbandsteil.

Am 12. September ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Folgende Gelder sind eingegangen:

10. August: Darmstadt 37,95.
 14. Frankfurt a. M. 50,—
 16. Al.-Dorfheim 6,50.
 24. Pfungstadt 60,—
 27. Hanau 17,—. Denzlingen 70,—
 28. Heidenheim 200,—. Ohlau 120,—. Lahr 180,—. Hamburg 250,—
 29. Würzburg 150,—. Heidelberg 150,—. Unteröwisheim 140,—
 Lauffen 300,—. Tannenberg 70,—. AUSBACH 100,—. Halberstadt 100,—
 Herzheim 50,—. Obercunnersdorf 150,—. Bittenhausen 45,—. Köln 700,—
 30. Biedenbach 50,—. Gießen 202,42. Forst i. B. 25,—
 31. Rendsburg 100,—. Halle a. d. S. 175,—. Mannheim 150,—
 Rhegdt 50,—. Berlin 1000,—. Clebronn 100,—
 1. September: Wollersdorf 30,—. Rostod 50,—. Raftatt 100,—
 Offenburg 100,—
 2. Lippstadt 35,—. Heilbronn 400,—
 3. Hienbruch 25,—. Heidelberg 200,—. Duisburg 140,—. Bingen 175,—
 Kirrlach 20,—
 4. Breslau 1000,—. Gehlenbeck 250,—
 5. Baden-Baden 1200,—. Hannover 300,—
 6. Nordhausen 1000,—
 Bremen, den 5. September

Die Teilnehmer des Verbandstages

Nach den Feststellungen der Zentralwahlprüfungskommission sind noch als Delegierte gewählt worden:

18. Wahlkreis: Diederich Schäfer, Städt. Quernheim,
 35. Wahlkreis: Wilhelm Daul, Baden-Baden.

Als Vertreter des Beirats werden am Verbandstag teilnehmen:

- Karl Thomeyer, Heilbronn, Zigarrenarbeiter,
 Heinrich Waltermann, Blotho, Zigarrenfortierer,
 Elisabeth Stolz, Dresden, Zigarettenarbeiterin,
 Otto Schulze, Nordhausen, Kautabakarbeiter,
 Josef Fisch, Regensburg, Schnupstabakarbeiter.

Die gewählten Delegierten

wollen sich bei ihrer Ankunft in Nordhausen im Café Bauer, Bahnhofstraße, melden.

Gesucht werden:

Ein jüngerer Zigarrenarbeiter, der selbst Widel macht, nach Westfalen Nachfragen bei W. Schlüter, Herford i. Westf., Waltherrstraße 49.

Einige tüchtige Sortierer nach Hessen. Ferner einige gute Zigarrenarbeiter, welche selbst Widel machen können, nach Provinz Hessen-Rassau. (Kinderloses Ehepaar findet evtl. Wohngelegenheit.) Nachfragen bei A. Kiel, Gießen, Schanzstr. 18.

Ein verheirateter tüchtiger Zigarrenarbeiter, wo die Frau Widel macht. Familienmitglieder, die auch in der Zigarrenfabrik arbeiten können, angenehm. Wohnung von 2 Zimmer, Kammer und Küche wird zum 1. Oktober frei. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO 36, Ratiborstraße 3, 1.

Als verloren gemeldet:

Mitgliedsbuch S. III 2505 Anna Schnell, geb. 17. 3. 07 in Stuttgart, eingetr. am 26. 10. 1921 (200/29. 25).

Mitgliedsbuch (?) Rich. Pleß, geb. 29. 4. 1883 in Zwischau, eingetr. 28. 1. 1924 (201/30. 25)

Mitgliedsbuch S. IV 30 317 Hedwig Berbig, geb. 30. 7. 1896 in Leipzig-Lindau, eingetr. 2. 2. 1924. (201/30. 25)

Mitgliedsbuch S. II 107 419 Martha Schöne, geb. 9. 1. 1892 in Dresden, eingetr. 4. 12. 1918 (202/31. 25)

Mitgliedsbuch S. II 117 749 Luise Anlauf, geb. 11. 9. 1885 in Dresden, eingetr. 4. 4. 1919 (202/31. 25)

Mitgliedsbuch S. II 115 535 Paul Jermisch, geb. 16. 9. 1889 in Borsdorf, Kr. Ludau, eingetr. 1. 1. 1919. (202/31. 25)

Mitgliedsbuch S. II 47 699 August Schneider, geb. 19. 2. 1881 in Sommerfeld, eingetr. 23. 11. 1909. (202/31. 25).

Ausgeschlossen nach § 13 Abs. b des Statuts wurden:

Der Zigarrenarbeiter Gustav Breitenbach in Mainz (119/9. 25) und der Zigarrenarbeiter Hermann Bruder in Lahr i. Baden (189/12. 25).

Gestorben sind:

Am (?) der Zigarrenarbeiter August Fühling, 67 Jahre alt (Zahlstelle Blotho).

Am 4. August die Widelmacherin Emma Sander, 25 Jahre alt (Zahlstelle Blotho).

Am 14. August die Kollegin Emma Großmann, 23 Jahre alt (Zahlstelle Wiesbaden).

Am 19. August die Zigarrenarbeiterin Marta Schröter, 59 Jahre alt (Zahlstelle Neumarkt).

Am 22. August die Kollegin Luise Armbrust, 33 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 22. August der Zigarrenarbeiter Robert Barthel, 71 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 24. August die Zigarrenarbeiterin Marie Mager, 26 Jahre alt (Zahlstelle Aachen).

Am 26. August der Kollege Adolf Mors, 62 Jahre alt (Zahlstelle Derlinghausen).

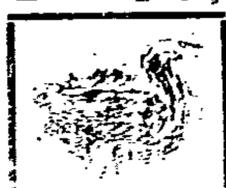
Am 28. August der Zigarettenarbeiter Gustav Brendler, 71 Jahre alt (Zahlstelle Wallendar).

Am 29. August die Kollegin Helene Wölfel, 58 Jahre alt (Zahlstelle Nürnberg).

Am 29. August die Zigarettenarbeiterin Herta Gerhard (Zahlstelle Berlin).

Ehre ihrem Andenken!

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.— weiße G.-M. 5.— bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenweiche G.-M. 8.— 10.— beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße, ungeschlossene Pupffedern G.-M. 7,50, 8,50, beste Sorte G.-M. 10.— Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Tausch und Rücknahme gestattet.

Benzdiki Samsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

Die freien Gewerkschaften 1924.

Der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Mitgliederbewegung im Jahre 1924 entnehmen wir u. a. folgendes: Dem Bunde gehörten im Jahre 1924 41 Verbände gegen 44 Verbände im Jahre 1923 an. Die Verminderung erklärt sich dadurch, daß sich im Jahre 1924 die Asphaltreure dem Baugewerksbunde, die Kürschner dem Verbande der Bekleidungsarbeiter und die Steinseker dem Verbande der Steinarbeiter angeschlossen haben. Die 41 Verbände zählten zusammen 16 499 Zweigverbände gegen 25 855 im Jahre 1923. Die starke Abnahme zeigt, daß viele Zweigvereine, besonders die kleinen, der Inflation zum Opfer gefallen sind. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3 473 619 männliche, 921 140 weibliche, 169 404 jugendliche, zusammen also 4 564 163 Mitglieder. Die Bewegung vollzog sich im einzelnen wie folgt:

1923:	Abnahme	in Proz.
31. März	393 920	5
30. Juni	140 589	1,9
30. September	247 990	3,4
31. Dezember	1 297 942	18,4
1924:		
31. März	943 306	16,4
30. Juni	490 929	10,2
30. September	283 251	6,6
31. Dezember	48 629	1,2

Der Rückgang in der Mitgliederbewegung hat sich am Ende des Jahres 1923 und im ersten Halbjahre des Jahres 1924 vollzogen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind unschwer zu erkennen. Sie sind Nachwirkungen der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, der Lähmung der Produktion, der Einschränkungen der Betriebe, des Abbaus von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Betrieben und der starken Arbeitslosigkeit, des Versagens der Unterstützungseinrichtungen während der Hochinflation. Leider sind so die Gewerkschaften zu einer Zeit geschwächt worden, wo ein starker Wall und ein starkes Bollwerk gegen die Ansprüche des Unternehmertums von größter Bedeutung und bitter notwendig war.

Das Jahr 1924 schließt mit 3 975 002 Mitgliedern ab. Die Zahl ist um 1 766 115 = 30,8 Prozent geringer als ihr Stand am Ende des Vorjahres. Mit dieser Zahl kann die rückläufige Bewegung als überwunden angesehen werden. Seit Anfang des neuen Jahres setzte dann auch die Aufwärtsbewegung ein. Die Vierteljahresstatistik des ADGB. verzeichnet für März 1925 wieder 4 188 297 Mitglieder. Das ist seit dem tiefsten Stand eine Zunahme von 213 295 = 5,4 Prozent. Diese Mitgliederzahl kann nunmehr als der gefestigte Besitzstand des Allgemeinen

Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden, der allen Stürmen getrotzt hat. Auf dieser Grundlage wird sich der Wiederaufbau vollziehen.

Bei dem Rückgang in der Mitgliederzahl ist von Bedeutung, daß sich die weiblichen Mitglieder stärker verminderten als die männlichen. Die Abnahme beträgt bei den männlichen 34,1 Prozent, bei den jugendlichen 35,7 Prozent und bei den weiblichen 39,6 Prozent.

Die Rassenverhältnisse der Verbände haben sich im Berichtsjahre günstiger gestaltet, als nach der Schädigung der Inflation zu erwarten war. Nach den vorliegenden Angaben über die Beitragsleistungen, die 26 Verbände mit 3 106 613 Mitgliedern erfassen, ergibt sich für das Jahr 1924 gegenüber 1913 folgendes Bild:

1924		1913	
Jahresbeitrag	Mitglieder in Proz.	Mitglieder	in Proz.
bis 10,40 M	335 505	48 617	1,9
10,41 " 15,60 "	282 718	201 949	8
15,61 " 20,80 "	307 109	224 339	8,8
20,81 " 26,00 "	628 479	760 717	30
26,01 " 31,20 "	370 229	476 099	18,7
31,21 " 36,40 "	693 632	654 829	25,8
36,41 " 41,60 "	154 372	46 625	1,8
über 41,60 "	334 569	125 964	5

Der Vergleich ergibt, daß die Höhe der Beitragsleistung im Jahre 1924 hinter der des Jahres 1913 zurücksteht. Das Schwerkgewicht der Beitragsleistung haben in beiden Jahren die Beitragsstufen aus 20,81 bis 36,40 M. Sie umfaßten im Jahre 1924 nur 54,5 Prozent, im Jahre 1913 dagegen 74,5 Prozent.

Die Einnahmen aller Verbände zusammen betragen 97 037 600 M. Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Veränderung in den Einnahmen:

	1924	1913
Eintrittsgelder	306 011	351 945
Verbandsbeiträge	73 473 160	66 395 949
Vertliche Beiträge	12 470 185	9 776 499
Extrabeiträge	2 011 099	205 072
Zinsen	718 210	2 437 946
Sonstige Einnahmen	8 058 935	3 009 336
	<u>97 037 600</u>	<u>82 176 747</u>

Die Gesamteinnahme im Jahre 1924 überragt zwar um 14,9 Millionen die für 1913 verzeichnete Summe, doch steht der auf jedes Mitglied entfallende Anteil im Berichtsjahr um 10,68 M hinter dem des Vergleichsjahres zurück. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben ergibt in beiden Jahren folgendes Bild:

Nordhausen.

Am 14. September beginnt in Nordhausen der 19. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Aus allen Teilen des Deutschen Reiches eilen seine Vertreter herbei und wollen raten und taten zum Wohle ihrer Organisation und der Tabakarbeiter.

Neben dieser verantwortungsvollen Tätigkeit wollen sie auch den Ort der Tagung mit seiner Geschichte, seinem Wirtschaftsleben und seiner Umgebung kennenlernen. Hier bietet Nordhausen allen seinen Besuchern viel an historisch Interessantem, an wirtschaftlich Lehrreichem und an Naturschönheiten.

Geschichtlich ist Nordhausen eine bedeutsame, 1000 Jahre alte ehemalige freie Reichsstadt. Bewehrt mit einer alten Stadtmauer, deren Wälle und Resten von Verteidigungstürmen, bietet sie dem Fremden so recht den Anblick einer uralten Stadt. Alte Patrizierhäuser, kleine und kleinste Gäßchen ringen noch mit neuzeitlichen, modernen Bauten, Straßen, Plätzen und Promenaden. Am Bergesabhang malerisch gelegen, mit ihren vielen hoch emporragenden Türmen, hebt sich die Stadt weithin am Himmel als Silhouette ab für den Besucher, der von Halle her durch die goldene Aue mit der Eisenbahn gen Nordhausen eilt. Dieses Bild, welches der Besucher so erhält, ist von tiefem Eindruck und dazu angetan, ihn in eine Stimmung zu versetzen, die in Achtung und Bewunderung vor historischem und gegenwärtigem Schönen sich noch lange auswirken wird. Aber auch die nächste Umgebung der Stadt, die mächtigen Gänge der Sudharzberge mit ihren Ueberresten mittelalterlicher Burgen, das Kyffhäusergebirge mit seinem gewaltigen, weithin sicht-

baren Denkmal rufen bei dem Besucher die Sehnsucht wach, doch recht lange in dieser Umgebung und in den alten Mauern Nordhausens zu weilen.

Die Lage der Stadt bedingte von altersher ihre Bauart. Nichts war natürlicher, als sie, den mittelalterlichen Verhältnissen entsprechend, zu festigen und zu bewehren. Viele Jahrhunderte war das so. Aber die Zeit stand nicht still, das Rad der Zeit drehte sich weiter und es machte auch nicht Halt vor den starken Toren und Mauern der Stadt. Wohl war reger Gewerbesleiß vorhanden, in den verschiedensten Zünften herrschte Wohlstand, und reiche Patrizierfamilien machten die Stadt zu einem achtungsgebietenden Gemeinwesen. Aber die zeitliche Entwicklung brachte andere Faktoren, andere Grundlagen in die damals herrschenden Wirtschaftsformen. Die handwerksmäßigen Warengestaltungsmethoden mußten auch hier weichen und den Produktionsmethoden, die der Fortschritt der Zeit brachte, Platz machen. Die Industrie verschaffte sich Eingang trotz Mauern und Tore.

Neben der starken Brauntweinindustrie siedelte sich Anfang des 18. Jahrhunderts die Tabakindustrie in Nordhausen an. In dieser Zeit wird auch die Raufabakfabrikation erwähnt. Die Zigarren- und Raufabakfabrikation ist nach historischen Unterlagen vom Eichsfeld nach Nordhausen verpflanzt worden. Der Raufabak wird schon 1678 in der Nordhäuser Chronik erwähnt. Zunächst war in diesen Zeiten nur eine handwerksmäßige Herstellung von Tabakwaren. Die in der Herstellung beschäftigten Personen nannten sich Gezellen und vereinigten sich in Zünften. Viele Zünfte waren jedoch Vereinigungen zur Schaffung und Erhaltung bestimmter Ein-

	1924	1913
Unterstützungen	10 344 611	31 223 508
Lohnbewegung, Streiks usw.	16 685 946	16 606 472
Bildungszwecke, Presse	3 793 758	3 380 020
Agitation usw.	13 078 888	10 225 350
Verwaltung	25 167 916	13 600 956
	69 071 119	75 036 306

Die für Unterstützungszwecke verausgabte Summe entfällt im großen und ganzen auf die zweite Hälfte des Jahres 1924. Größere materielle Mittel erforderten die umfangreichen Wirtschaftskämpfe, die im einzelnen den Streikenden und Ausgesperrten nicht in der gleichen Höhe wie in der Vorkriegszeit gewährt werden konnten. Unter den Ausgaben für Bildungszwecke befinden sich 2 895 986 M für die Presse. Alle Verbände gaben 1924 Zeitungen heraus, und zwar erschienen 28 wöchentlich, 5 Zeitungen 14tägig, 5 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Höhe der Gesamtauflage betrug am Schluß des Berichtsjahres 4 152 375. Daneben gaben 9 Verbände Jugendorgane und 8 Verbände zusammen 14 Fachzeitschriften bzw. Branchenorgane heraus.

Das Vermögen der Verbände, das sich im Jahre 1913 auf 88 000 000 M belief, fiel durchweg der Inflation zum Opfer und muß neu gebildet werden. Angaben über den Kassenbestand am Schluß des Jahre 1924 machten 36 Verbände. Diese verzeichnen zusammen einen Vermögensbestand von rund 37 Millionen Mark. Davon befanden sich 29 Millionen Mark in den Hauptkassen.

Wenn in Betracht gezogen wird, wie schwer das gesamte Wirtschaftsleben unter der Inflation gelitten hat, so erscheint die Finanzgebarung der Gewerkschaften nach der Währungskatastrophe in einem sehr günstigen Licht. Die finanzielle Erholung ist ein erneuter Beweis für die Lebenskraft der Gewerkschaften. Sie berechtigt zu der Zuversicht, daß sie in absehbarer Zeit ihre frühere Leistungsfähigkeit wiedergewinnen und darüber hinaus steigern werden. Der starke Verlust an Mitgliedern ist schmerzlich. Jedoch ist hier die Wendung zum Besseren bereits eingetreten und weiter darf nicht vergessen werden, daß die Verbände gegen die Vorkriegszeit noch einen Mitgliedererwerb von 2 Millionen zu verzeichnen haben. Trotz aller Stürme, die über die Gewerkschaften hinweggingen, sind sie für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der großen Masse des werktätigen Volkes führend geblieben. Sie werden es auch in Zukunft bleiben. —

Die Beschlüsse des 12. Gewerkschaftskongresses.

I.

Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Beschlüsse des 12. Gewerkschaftskongresses, der in der Zeit vom 3. bis zum 7. September in Breslau getagt hat. Zur

richtungen, wie Sterbekassen usw., zur Abhaltung von Festlichkeiten und Teilnahme bei Begräbnissen unter Borantragen der Gefellenfahne. Mit Fragen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis beschäftigte man sich weniger. Die letzten Reste dieses Zunftwesens haben bis Ende des 19. Jahrhunderts bestanden. Die Entwicklung der Technik in der Warenherstellung brachte auch in diesen mittelalterlichen Zunftgebilden eine Umwälzung. Die handwerksmäßige Herstellung, insbesondere des Kautabaks, mußte der fabrikmäßigen weichen. Das bedingte wiederum eine größere Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters und andernteils eine höhere Ausbeutung durch den Fabrikanten. Allmählich stieg dadurch in dem Bewußtsein des Arbeiters die Erkenntnis auf, sich auf der so veränderten, zugunsten des Fabrikanten sich gestaltenden Produktionsgrundlage, einen entsprechenden Lohnanteil für seine Ware Arbeitskraft zu sichern. Dieses geschah dadurch, daß man sich nun eine auf moderner Grundlage aufgebaute Organisation schuf und sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschloß.

Am Ende des Sommers 1883 wurde die Zahlstelle Nordhausen mit 47 Mitgliedern gegründet. 1. Bevollmächtigter war Kollege Karl Grimm, Zigarrenarbeiter, der noch heute Mitglied des Verbandes ist. Ende 1884 hatte die Zahlstelle 40 Mitglieder und Ende 1885 wurden 54 Mitglieder verzeichnet. Mit dem Falle des Sozialistengesetzes zogen im ganzen Reich spontan Bewegungen innerhalb der Arbeiterklasse ein, um nach beseitigtem Druck ihre Lebenslage zu verbessern. Streiks flammten an allen Orten auf. So kam es auch in Nordhausen bei den Tabakarbeitern 1890 zum ersten größeren Kampf, der

Organisationsfrage

wurde die Entschliebung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses angenommen, deren Wortlaut schon im „Tabakarbeiter“ Nr. 35 veröffentlicht worden ist. Von den

Satzungsänderungen

beziehen sich die folgenden auf die Organisationsfrage:

§ 4 erhält folgenden Wortlaut:

Jeder Verband hat die Pflicht, alle in den Berufszweigen seines Organisationsgebietes beschäftigten Ungelernten und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen neben den gelernten Facharbeitern als Mitglieder aufzunehmen.

§ 5 lautet jetzt:

In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes jeweils ein Industriegebiet, zum Beispiel: Baugewerbe; Bergbau; Graphische Gewerbe; Holz- und Schnitstoffindustrien; Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau; Lebens- und Genussmittelindustrien; Leder herstellende oder verarbeitende Industrien; Metallindustrie einschließlich Hüttengewerbe; Textilindustrie; Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe und Verwaltungen.

Da die einzelnen Industriegebiete vielfach ineinanderfließen, mit der fortschreitenden Technik und dem Wechsel der Produktionsarten auch Veränderungen unterworfen sind, können die Organisationsgebiete nicht schematisch abgegrenzt werden. Die Abgrenzung muß deshalb jeweils durch Vereinbarung der in Frage kommenden Zentralverbände erfolgen.

§ 6.

Zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation ist anzustreben, daß die einzelnen Berufe sich zu Industrieverbänden zusammenschließen. Für die Richtung des Zusammenschlusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen Zweige oder Gruppen der gleichen Industrie maßgebend. Im Zweifelsfalle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen.

Solange in einem Industriegebiet noch mehrere Verbände für die verschiedenen Berufe bestehen, haben sie die Pflicht, gegenseitig durch Kartellverträge ein förderliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu sichern und alles zu vermeiden, was einen späteren Zusammenschluß zum Industrieverband erschweren könnte.

Namens- und Satzungsänderungen einzelner Verbände, die dazu führen könnten, ihr Organisationsgebiet einseitig zu ihren Gunsten zu erweitern, sind ohne Zustimmung des Bundesvorstandes nicht statthaft.

Entschliebung über die Arbeitszeit.

Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achtstundentag durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 der gesetzliche Boden entzogen wurde, tobt ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Bruch des von ihnen unterschriebenen Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Demobilmachungsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sei.

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch die erzwungene Mehrarbeit die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der günstigste Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreischichtensystems, zu erzielen war.

drei Wochen dauerte. Aber wie die meisten damaligen Bewegungen mangels genügender Vorbereitungen in organisatorischer und finanzieller Hinsicht erfolglos für die Arbeiterklasse endeten, so ging es auch bei der Nordhäuser Tabakarbeiter. Nach Beendigung des Kampfes wurde den Arbeitern ein Revers zur Unterschrift aufgezwungen, wonach sie sich verpflichten mußten, niemals wieder einer Organisation der Tabakarbeiter beizutreten. Nur fünf Mitglieder des Verbandes haben die Fahne trotz alledem hochgehalten. Ihrer Treue und weiteren unermüdelichen Tätigkeit war es zu danken, daß 1894 die Organisation wieder auflebte und in den umliegenden Ortschaften, wo Tabakarbeiter ansässig waren, sich Zahlstellen gründeten. Im Mai 1901 kam es erneut zu einem großen Kampfe um die Koalitionsfreiheit. 26 Wochen wurde dieser Kampf geführt und lieferte so den Beweis der Treue und Hingebung für die Organisation. Der Kampf wurde abgebrochen. Wenn auch nur ein Teilerfolg erzielt wurde, so hatte der Verband doch seine Daseinsberechtigung und Achtung bei den Unternehmern durchgesetzt. Die Rollenmacher gehörten zu damaliger Zeit zu den schlecht entlohntesten Akkordarbeitern im Kautabak. Später gelang es der Organisation, für diese Gruppe durch Schaffung und Festlegung klarer Akkordpositionen die Löhne derselben denen der Spinner anzupassen.

Durch die immer umfangreichere und mannigfaltigere Arbeit in der Zahlstelle machte es sich notwendig, einen festeren Zusammenschluß mit den umliegenden Zahlstellen herbeizuführen. Dieses geschah dadurch, daß im Jahre 1908 sich alle Zahlstellen mit der Zahlstelle Nordhausen vereinigten und den ersten Ortsbeamten, Kollegen Ferdinand S u n g, anstellten.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu der alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wieder zu erobern, in denen er zurzeit noch überliefert ist. Da auf die Einsicht der Arbeitgeber, deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Bestrebungen und ihrer Gegnerschaft gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterklasse entspringt, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer wieder herstellt. Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Er fordert daher zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihren Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtstundentags nicht nachzulassen, sondern ihn unge schwächt mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den endlichen und beständigen Sieg des Achtstundentages verbürgen.

Die Lohnfrage.

Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitaus größten Teiles der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichstagsmehrheit jetzt beschlossenen Zoll- und Steuererhöhungen tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verschärft wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch durchgeführten Lohndruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unausweichliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik klagen sie unter Krupelhafter Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessenvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzutreiben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Fehler und Versäumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungezählte Opfer auf sich genommen hat, eine ange-

messene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und unabweisbar für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermutigt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturgütern des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereinigt werden."

Rundschau.

Schutz der schwangeren Arbeiterin.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat eine Anfrage an den Landtag gerichtet, die sich mit dem Schutz der schwangeren Arbeiterin befaßt. Dem Staatsministerium werden folgende Fragen vorgelegt:

I. Sind dem Staatsministerium die schweren gesundheitszerstörenden Wirkungen bekannt? Hat es Kenntnis von den diese zerstörenden Wirkungen belegenden Nachweisungen, Statistiken, Urteilen von wirtschaftlichen Organisationen, Krankenkassen, Ärzten usw.?

II. Ist das Staatsministerium bereit, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß durch Reichsgesetz allmählich die Erwerbsarbeit der schwangeren Frau beseitigt wird, und daß bis zur vollständigen Lösung von der Erwerbsarbeit

1. die Erwerbsarbeit der schwangeren Person im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag beschränkt;
2. die Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft verboten wird;
3. dem Verlangen der gesundheitlich wiederhergestellten Entbundenen nach Wiederbeschäftigung vom Arbeitgeber Rechnung getragen werden muß;
4. der entgangene Arbeitsverdienst aus Mitteln des Staates oder einer zu schaffenden obligatorischen Kollektivversicherung vergütet wird und die schon vorhandenen Einrichtungen bzw. Wochengelder, Stillschuldungen usw. erhöht und ausgedehnt werden;
5. folgende Maßnahmen zum Schutze der schwangeren Frauen und Mädchen vorgeschrieben werden:
 - a) Schaffung von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz für die schwangeren Arbeiterinnen bei Beschäftigungen, die ununterbrochenes Stehen oder Laufen erfordern;
 - b) Bereitstellung freundlich eingerichteter Zimmer für schwangere Arbeiterinnen in Großbetrieben mit zahlreichem weiblichen Personal, in welchen den Schwangeren während der Pausen sowie bei Schwäche und sonstigen aus der Schwangerschaft herrührenden Anfällen Gelegenheit zu bequemem Liegen gegeben ist;
 - c) Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustand der Schwangerschaft erforderlich sind;
 - d) Einrichtung guter Kantinen in Großbetrieben und Bereitstellung von Speisen und Getränken, welche den besonderen Bedürfnissen der schwangeren Arbeiterinnen entsprechen;
 - e) Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben mit zahlreichem weiblichen Personal nach dem Muster der Schulärzte;
 - f) Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für Schwangere in Großbetrieben;

Infolge dieser Konzentration und Anstellung einer bewährten Kraft nahm die Organisation einen guten Aufschwung. Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegenschaft wurden dauernd mehr und mehr verbessert und gefestigt. Durch einen einheitlichen Tarif wurden die verschiedenen Lohnabmachungen in den einzelnen Betrieben für die gesamte Nordhäuser Kautabakindustrie in geregelte Bahnen geleitet. Dieser erste Tarif für die Nordhäuser Kautabakindustrie bildete später die Basis des Reichstarifvertrages für die gesamte Kautabakindustrie Deutschlands.

Bei Ausbruch des Weltkrieges verzeichnete die Nordhäuser Zahlstelle rund 1400 Mitglieder. Wohl riß dieser Krieg große Lücken in die Organisation und viele Kollegen bezahlten mit ihrem Leben den imperialistischen Wahnsinn der verschiedensten Machthaber, aber die Organisation überdauerte auch diese vier schweren Jahre. Sie war in den Kriegsjahren eine gute Hilfe und Stütze der daheimgebliebenen Kollegenschaft und der verlassenen Frauen und Kinder. Nach dem Kriege nahm die Organisation wieder einen großen Aufschwung. Es konnten 2000 Mitglieder gezählt werden. Nun kamen aber die Schrecken der Inflationsjahre: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Zeitweise lagen alle Betriebe still. Aber auch hier bewährte sich die Organisation als helfender Faktor und regelte mit Erfolg bei den Zoll- und städtischen Behörden die präzise Auszahlung der Unterstützungen. Sie ebnete vielen Mitgliedern durch ihren Einfluß bei den vorgenannten Behörden die Wege zur Erreichung eines, wenn auch notdürftigen Unterhaltes. Im November 1923 schien beinahe das Ende für die Zahlstelle gekommen zu sein. Fast keine Basis zur Durchführung der Ver-

bandsgeschäfte war mehr vorhanden. Durch die Stabilisierung der Mark flammte das Lebenslicht der Organisation wieder auf und sie konnte zu Anfang 1924 sogar wieder mit den Unternehmern einen erfolgreichen Lohnabschluß herbeiführen. Von 1924 an hat sich dann die Organisation am Orte immer mehr gefestigt und steht heute mit über 1600 Mitgliedern als starker Hort für die Lebensinteressen der Tabakarbeiterchaft Nordhausens da.

Die Geschichte der Zahlstelle Nordhausens verzeichnet nunmehr einen Zeitraum von 42 Jahren. Sie stellt einen Ausschnitt aus der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands dar, in dem sich hier im kleinen die Kämpfe der Arbeiterschaft widerspiegeln zur Erreichung wirtschaftlicher und kultureller Erfolge. In diesen Kämpfen hat die Nordhäuser Tabakarbeiterchaft selbst in schwierigen Situationen immer ihren Mann gestanden. Solidarität und Hingabe für ihre Organisation und somit auch für ihr Klasseninteresse waren für sie immer das Leitmotiv.

Wäge der kommende Verbandstag in seiner Auswirkung mit dazu beitragen, die Zahlstelle in ihrer Tätigkeit zum Wohle der Mitglieder zu befruchten und ein weiterer Ansporn sein zur Erreichung des von uns allen gesteckten Zieles:

Befreiung der Arbeiterschaft vom Joch des Kapitalismus, Herbeiführung des Sozialismus!

In diesem Sinne grüßen die Nordhäuser Kolleginnen und Kollegen die auswärtigen Arbeitsbrüder, die als Delegierte und Gäste am Verbandstag teilnehmen in fördernder und aufbauender Arbeit für den Verband und somit für die gesamte Arbeiterbewegung!

Franz Meyer.

